

DeutschlandBrief Spezial:

Amerikas Weg in den Vierten Weltkrieg

„Kein Blut für Öl“ - auf diese simple Formel brachten die Demonstranten in deutschen Städten den amerikanischen Angriff auf den Irak. Eine Formel, die nicht ganz falsch ist, die aber die Motive Washingtons nur zum Teil erklärt.

„Afghanistan ist nur eine Front im Vierten Weltkrieg“, verkündete Eliot A. Cohen schon am 20. November 2002 im *Wall Street Journal*. Damit meinte er einen Konflikt, der ähnlich lang und kostspielig werden könnte wie der Kalte Krieg zwischen West und Ost, der auf den Zweiten Weltkrieg folgte. Cohen, einer der Sprecher der amerikanischen Kriegsfraktion, forderte schon damals den Angriff auf den Irak, aber auch die Beseitigung der islamischen Regierung im Iran. Warum Amerika auf den neuen Kurs einschwenkte, ist Thema dieser Sonderausgabe.

(I) Zunächst einige Zahlen: Die Welt verbraucht derzeit 77 Millionen Faß Öl pro Tag, davon kommen 20 Millionen Faß vom Persischen Golf. Letztere werden hauptsächlich nach Europa und - neuerdings in steigendem Maße - nach Asien exportiert. Der amerikanische Anteil an den arabischen Ölexporten fällt gegenwärtig weniger ins Gewicht. Die USA beziehen 70 % ihres enormen Ölverbrauchs aus dem eigenen Land sowie aus den Nachbarländern. Addiert man die Einfuhren aus Westafrika und der Nordsee, sind es 90%.

Dennoch ist Washington daran interessiert, die Ölreserven am Golf (dort liegen zwei Drittel der bekannten weltweiten Reserven!) unter seine Kontrolle zu bringen. Aber nicht so sehr, um die eigene Versorgung sicherzustellen, denn die Araber und Perser müssen exportieren, weil sie das Geld brauchen. Sondern, um einen Hebel gegen potentielle geopolitische Konkurrenten in die Hand zu bekommen - gegen China, Japan, Rußland und Westeuropa.

Japan, die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt, ist vollständig abhängig von importiertem Öl. China verbraucht heute doppelt soviel Öl wie vor zehn Jahren, es wird in absehbarer Zukunft Japan als zweit-größten Ölabnehmer überholen. Der finanzielle Spielraum Rußlands wiederum als zunehmend wichtiger Exporteur ist weitgehend abhängig von der Höhe der Ölpreise. Wenn sie steigen, ist der Staatshaushalt im Überschuß. Wenn sie fallen, schrumpfen die Steuereinnahmen.

Man kann sich leicht vorstellen, welche Möglichkeiten sich Washington künftig bieten, um die Ölkarte zu spielen: mit tiefen Preisen kann Rußland in die Knie gezwungen werden; mit hohen Preisen läßt sich der wirtschaftliche Aufstieg Chinas empfindlich stören. Und Europa ist ohnehin stärker abhängig vom arabischen Öl als die erwähnten Großmächte. In dieser Situation sowohl Menge als auch Preis des mit Abstand wichtigsten Rohstoffs steuern zu können, ist eine Traumkonstellation.

Hinzu kommen die direkten Interessen der amerikanischen Ölkonzerne. Sie wollten nicht etwa den Krieg. Sie ziehen es vor, ihre Geschäfte unter friedlichen Verhältnissen abzuwickeln. Aber sie sehen jetzt die Chance, den westeuropäischen und russischen Ölgesellschaften die lukrativen Konzessionen im Irak zu entreißen. Royal Dutch/Shell, die italienische ENI, die französische TotalFinaElf, die russischen Konzerne Lukoil und Tafnet sowie chinesische Firmen haben entweder Verträge mit Bagdad abgeschlossen oder jedenfalls mit dem Regime Saddam Hussein über Verträge verhandelt. Sie alle wären nach Aufhebung der UNO-Sanktionen zum Zuge gekommen, nicht aber die Amerikaner. Das sieht jetzt natürlich anders aus. Jetzt ist absehbar, daß die irakischen Ölkonzessionen an die US-Multis gehen - ein phantastisches Geschäft, auch wegen der sehr tiefen irakischen Produktionskosten.

Moskau wird mit Nachdruck darauf bestehen, daß die Verträge, die noch mit der Regierung Saddam abgeschlossen wurden, vom künftigen Satellitenregime in Bagdad honoriert werden. Wenn nicht, wird sich das amerikanisch-russische Verhältnis, das ohnehin angeschlagen ist, weiter verschlechtern. Gute Chancen haben die englische BP und die britisch-niederländische Royal Dutch/Shell. Beide sind

bereits bei Blair vorstellig geworden, damit er sich in Washington für sie verwendet. Trotz allem: Der Irak-Konflikt ist nur partiell ein Krieg um Ölinteressen, er dient ebenso der Zementierung der amerikanischen Weltherrschaft.

(II) Der Krieg ist aber auch Resultat eines Machtkampfes, der in Washington seit den frühen neunziger Jahren ausgetragen wurde -

eines Machtkampfes, der inzwischen von der neokonservativen, pro-israelischen Fraktion gewonnen wurde. Zu dieser Fraktion gehören Vizepräsident Richard Cheney, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, sein Stellvertreter Paul Wolfowitz, Douglas Feith als dritter Mann im Pentagon, sowie als graue Eminenz Richard Perle,

der bisherige Vorsitzende des Defense Policy Board, das das Pentagon berät. Am 28.3. mußte Perle wegen angeblicher finanzieller Unregelmäßigkeiten den Vorsitz niederlegen. Er bleibt jedoch Ausschuß-mitglied und behält offenbar seinen Einfluß in Washington.

Perle gilt neben Wolfowitz als der einflußreichste Falke in Washington und als einer der führenden Köpfe der sogenannten Neokonservativen, die teilweise trotzistische Wurzel haben und keineswegs mit den echten amerikanischen Konservativen verwechselt werden dürfen. Perle pflegt sehr enge Beziehungen zu Israel, ist ein persönlicher Freund von Ariel Sharon, sitzt im Aufsichtsrat der *Jerusalem Post* und arbeitete früher für die israelische Rüstungsfirma Soltam. Perle hat nicht wenige Gegner in Washington, sie gaben ihm wegen seiner militaristischen Ansichten den Spitznamen „Herr der Finsternis“.

Die Weltherrschafts- und Kriegspläne der Neokonservativen sind kein Geheimnis, sie wurden über viele Jahre hinweg in allen Einzelheiten ausgearbeitet. Dabei spielten die typisch amerikanischen Denkfabriken (*think tanks*) die führende Rolle.

Festzuhalten ist, daß das von Verschwörungstheoretikern gerne dämonisierte *Council on Foreign Relations* (seit Jahrzehnten die führende Denkfabrik in Washington) nicht zu den Erfindern der neuen amerikanischen Doktrin zählt. Festgehalten werden muß auch, daß nicht nur Außenminister Powell, sondern auch eine Reihe führender Militärs sowie verschiedene prominente Köpfe aus der Mannschaft von Bush sen. den neuen Kurs ablehnten. Auch die Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice, eine erfahrene Ostblockexpertin, spielte beim Kurswechsel der amerikanischen Außenpolitik vom alten Multilateralismus zum neuen Unilateralismus keine Rolle. Ihr Einfluß ist auch jetzt beschränkt.

Nun ein Blick auf die neokonservativen Denkfabriken. Zum Netzwerk gehören z.B.

- das *Jewish Institute for National Security Affairs (JINSA)*,
- das *Center for Security Policy (CSP)*,
- das *Project for the New American Century (PNAC)*, und
- das *Committee for Peace and Security in the Gulf*.

In der Ausgabe vom 2.9.2002 schilderte das amerikanische Magazin *The Nation* detailliert das Geflecht von neokonservativen Organisationen, rechtsgerichteten amerikanischen und israelischen Politikern, Waffenhändlern, Militärs, Millionären und Milliardären und der Regierung Bush. *The Nation* behauptete: „**Das zentrale Anliegen des JINSA-CSP-Netzwerkes ist die Unterstützung der israelischen Rechten.**“

The Nation fuhr fort: „Bei keinem Thema wird die Kompromißlosigkeit von JINSA und CSP so offensichtlich wie in ihrer unerbittlichen Befürwortung des Krieges - nicht nur gegen den Irak, sondern des ‚totalen Krieges‘, wie Michael Ledeen, einer der einflußreichsten JINSA-Leute in Washington, ihn letztes Jahr bezeichnete. Für diese Mannschaft ist ein wie auch immer gearteter ‚Regimewechsel‘ im Irak, Iran, in Syrien, Saudi-Arabien und bei der Palästinensischen Autonomiebehörde ein dringendes Gebot.“

(III) Die Entstehungsgeschichte der neuen Politik geht weit in die neunziger Jahre zurück. Hier eine unvollständige Chronologie:

- **Bereits 1992 formulierte Paul Wolfowitz für den PNAC ein Papier mit revolutionären Vorschlägen.** Inhalt: Ersetzung der traditionellen Bündnisse (wie z.B. die Nato) durch Ad-hoc-Koalitionen, Präventivkriege, dauerhafte Erhaltung der amerikanischen Supermachtposition gegenüber Europa, Rußland und China, eine stabile amerikanische Vormachtstellung in Eurasien. Im September 2000 (also noch vor Amts- antritt der Regierung Bush und vor dem 11. September 2001!) wurde der Masterplan überarbeitet und ausgefeilt. Jetzt wurde eine massive Erhöhung des Rüstungsetats gefordert, damit Amerika „zahlreiche größere Kriege gleichzeitig führen und für sich entscheiden“ könne. Weiter: „Die Präsenz einer substantiellen amerikanischen Streitmacht am Golf ist ganz unabhängig von der Frage des Saddam-Hussein-Regimes notwendig.“ (Auszüge aus diesem Papier veröffentlichte *Spiegel online* am 4. März 2003.)
- Aus einem noch interessanteren Papier aus dem Jahr 1996 zitierte der Amerikaner Stephen J. Sniegoski in einer langen Analyse, die am 10. Februar 2003 in dem Schweizer Wochenblatt *Zeit-Fragen* erschien. *Unter den Autoren befanden sich die bereits erwähnten Richard Perle und Douglas Feith, die inzwischen an den Hebeln des Pentagon sitzen. Das Erstaunliche daran: die Studie wurde nicht etwa von einer amerikanischen, sondern von einer israelischen Denkfabrik in Auftrag gegeben*, nämlich vom Institute for Advanced Strategic and Political Studies. Sie war gedacht als politischer Entwurf für die neue Regierung Netanjahu. Dieser Plan, der von Amerikanern für eine fremde Regierung entwickelt wurde, sah vor: Absetzung von Saddam Hussein, Einsetzung einer haschemitischen Dynastie in Bagdad, Eliminierung der anti-israelischen Regimes in Syrien, dem Libanon, Saudi-Arabien und dem Iran. Kurz gesagt: **Es handelte sich um den Plan einer Pax Israelica für den gesamten Nahen und Mittleren Osten.** Wie ernst das zu nehmen ist, wurde zuletzt am 9. Februar 2003 deutlich, als der frühere Nato-Oberbefehlshaber Wesley Clark in einem *Welt am Sonntag-Interview ankündigte, Syrien werde „schon innerhalb von zwölf Monaten“ nach dem Irak das nächste Ziel sein - und danach komme der Iran an die Reihe.*
- Zwei Jahre später, am 19. Februar 1998, richtete das bereits erwähnte *Committee for Peace and Security in the Gulf* einen offenen Brief an den damaligen US-Präsidenten Clinton und verlangte *“eine umfassende politische und militärische Strategie zum Sturz von Saddam Hussein und seinem Regime “.* **Das war lange vor dem 11. September 2001!** Nur konnte sich Clinton, der von größeren Kriegen nichts hielt, mit den Vorschlägen nicht anfreunden. Zu den Unterzeichnern des Briefes zählten folgende Persönlichkeiten, die jetzt ausnahmslos im Pentagon sitzen: Douglas Feith, Paul Wolfowitz, Donald Rumsfeld, Richard Perle; aber auch David Wurmser vom Innenministerium, Elliott Abrams vom Nationalen Sicherheitsrat, Zalmay Khalilzad vom Weißen Haus.
- Unmittelbar nach dem New Yorker Terroranschlag schrieben die Neokonservativen vom PNAC am 20. September 2001 einen Brief an Bush, in dem sie noch einmal die Entmachtung von Saddam Hussein forderten, auch wenn es keine Beweise für einen Zusammenhang zwischen dem Irak und den New Yorker Anschlägen gäbe. Außerdem solle Bush, hieß es damals, Maßnahmen gegen den Iran und Syrien in Erwägung ziehen, wenn diese ihre Unterstützung für die Hisbollah nicht aufgäben. Hintergrund dazu: Die im Libanon stationierte Hisbollah ist die professionellste und für Israel gefährlichste Guerillaorganisation im gesamten Nahen Osten.
- Am 10. Juli 2002 (da hatten die Neokonservativen Bush schon längst auf ihre Seite gezogen) beriet das *Defense Policy Board* unter Leitung von Richard Perle über das Problem Saudi-Arabien. *Erörtert wurde ein theoretisches Szenario mit folgenden Bestandteilen: US-Einmarsch in Saudi-Arabien, Beschlagnahme der Ölfelder, Konfiszierung der saudischen Kapitalanlagen. Zitat: „Irak ist der taktische Dreh- und Angelpunkt, Saudi-Arabien der strategische, Ägypten ist die Beute.“* Das ging Bush entschieden zu weit, gleich am Tag darauf distanzierte sich seine Regierung von diesen Äußerungen und bezeichnete Saudi-Arabien als loyalen Verbündeten. (Die Reichen unter den Saudis verstanden den Wink und begannen im großen Stil Geld aus den USA und dem Dollar abzuziehen.)

Fazit: Der frühere US-Verbündete Saddam Hussein ist nur ein Bauer, der in einem größeren Schachspiel geopfert wird. Die neue amerikanische Doktrin wurde lange vor dem 11. September formuliert, aber erst nach dem 11. September von einem außenpolitisch völlig unerfahrenen Präsidenten wirklich übernommen. Die Pläne waren seit langem bekannt, wurden aber in Europa nicht ernst genommen. Jetzt sind die EU-Regierungen mit einer dreifachen Herausforderung konfrontiert:

mit der Demontage der UNO und des Völkerrechts, mit der Spaltung Europas in pro-europäische und pro-amerikanische Regierungen, mit der Degradierung der Nato zu einem Dienstleistungsbetrieb der globalen amerikanischen Interventionspolitik.

(IV) Schließlich muß ein weiterer Aspekt der US-Politik erwähnt werden, der in der deutschen und amerikanischen Presse bislang völlig unbeachtet blieb: die Sicherung des Dollars als Ölwährung. In einer Studie von William Clark, MBA, von der John Hopkins University, die dem DeutschlandBrief vorliegt, wird die Auffassung vertreten: **„Die Antwort auf das Irak-Rätsel ist einfach und schockierend: es handelt sich um einen Ölwährungskrieg.“**

Dazu muß man wissen, daß die USA auf ein jährliches Gesamtdefizit von 1000 Milliarden Dollar (Staatshaushalt und Leistungsbilanz zusammengenommen) zusteuern, daß sie seit langem mehr verbrauchen als produzieren, daß die amerikanische Rüstung und der amerikanische Lebensstandard ohne die Ersparnisse der übrigen Welt nicht finanzierbar sind, daß dieser Zustand aber den Status des Dollars als Weltreservewährung voraussetzt - und daß dieser Status sofort ins Wanken geriete, wenn die internationalen Ölrechnungen nicht mehr in Dollar ausgestellt würden. Der Zusammenhang leuchtet ein: Weil die Welt Öl braucht, um die Wirtschaft in Gang zu halten, und weil Öl gegen Dollar gehandelt wird, benötigt die Welt Dollars, um eben dieses Öl zu kaufen. **Ein Mechanismus, der für die US-Hegemonie eher noch wichtiger ist als die direkte Kontrolle der Ölfelder am Golf.**

An dieser Stelle kommt der Euro ins Spiel. Hinter seiner Einführung standen sehr verschiedene Beweggründe - unter anderem auch die Absicht, Westeuropa von der amerikanischen Dominanz zu befreien. Der DeutschlandBrief war immer der Meinung, daß von einem Durchbruch des Euro als Dollar-Konkurrenz erst dann die Rede sein könne, wenn die Ölrechnungen in Euro ausgestellt würden. **Folgende Zitate stammen aus der Studie von William Clark:**

„Der größte Albtraum der Federal Reserve besteht darin, daß die OPEC ihre internationalen Transaktionen vom Dollar-Standard auf einen Euro-Standard umstellt. Tatsächlich vollzog der Irak diese Umstellung im November 2000, als der Euro ungefähr 80 Cents wert war. Der wahre Grund dafür, daß die Bush-Administration eine Marionettenregierung im Irak will, liegt darin, daß letztere zum Dollar-Standard zurückkehrt und dabei bleibt.“ (Nicht nur das, nach Informationen des DeutschlandBriefs plant Washington auch, nach der Eroberung der Iraks dort den Dollar als Inlandswährung einzuführen.) **Mit dem Übergang zum Euro habe Saddam sein Schicksal besiegelt - „zu diesem Zeitpunkt wurde ein neuer Golfkrieg unter Bush II unvermeidlich“.**

Vor allem aber, meint Clark, befürchteten die USA, das Beispiel Saddams könne Schule machen: „Der Effekt einer OPEC-Umstellung auf Euro läge darin, daß die ölverbrauchenden Nationen den Dollar aus ihren Devisenreserven entfernen und durch Euro ersetzen müßten. Die Konsequenzen wären ein Währungszusammenbruch und massive Inflation (denken Sie z.B. an die Argentinien-Krise). Ausländische Gelder würden den US-Aktienmarkt und andere Dollar-Anlagen verlassen, es käme zu einem Run auf die Banken wie in den Dreißiger Jahren, das Leistungsbilanzdefizit könnte nicht mehr bedient werden, der Staat würde in Zahlungsverzug geraten usw. **Wir hätten ein Krisenszenario nach dem Muster der Dritten Welt. Die amerikanische Wirtschaft ist ganz eng an die Rolle des Dollars als Reservewährung gebunden.**“

Diese faszinierende Analyse von Clark erklärt zwar nur einen Teil der Motive hinter dem Irak-Krieg. Kein Zweifel besteht aber daran, daß das amerikanische Finanzsystem in einer gefährlichen Krise steckt, daß eine schwere Rezession droht, daß die Kosten der imperialen Politik zu explodieren beginnen und daß die amerikanische Hegemonie untrennbar mit dem Schicksal des Dollars verbunden ist. Schon jetzt kostet das Imperium mehr als es einbringt - ein gravierender Unterschied zum britischen Kolonialreich. 1991, als der damalige Golfkrieg „nur“ 60 Milliarden Dollar kostete, wurde die Rechnung noch von Kuwait, Deutschland, Japan und Saudi-Arabien beglichen. Daß Deutschland diesmal nicht zu zahlen bereit war, ist ein wichtiger Grund für das transatlantische Zerwürfnis. Warum sollte es auch für einen Kolonialkrieg zahlen, mit dem das Land nichts zu schaffen hat? Denkbar ist, daß die Serie von Kriegen, die mit der Irak-Intervention vermutlich erst begonnen hat, Amerika am Ende teurer zu stehen kommt als der verheerende Vietnam-Krieg. **Der Trick, die Kosten anderen aufzubürden, wird diesmal kaum funktionieren. Dann muß Amerika zurückstecken - oder ganz auf Kriegswirtschaft umstellen.**

DeutschlandBrief

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Dr. Bruno Bandulet. Verlag und Redaktion: Bandulet Verlag GmbH, Kurhausstraße 12, D-97688 Bad Kissingen, Tel. 0971/ 68257, Fax 0971/69056.

Internet: www.bandulet.de, E-mail: info@deutschlandbrief.net

Der DeutschlandBrief erscheint in der Regel monatlich. Jahresabonnement EURO 46 inkl. MwSt und Porto innerhalb Europas. Bezug gegen Vorauszahlung. Keine Haftung bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt. Copyright by: Dr. Bruno Bandulet. Titel, Inhalt und Layout sind urheberrechtlich geschützt.

Druck: Schneider, Zeitlofs.